

Die Interpellationen über das Kaiser-Interview im Reichstage.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Hg. Haußmann (Südd. Sp.):

Wir haben im letzten Jahre nicht viel Erfreuliches erlebt. Diese Verhältnisse haben uns das Maß voll. Als uns das Unglück traf, das das Seppelinsche Lustspiel zerstört wurde, da fand sich das ganze Volk zusammen. Einmütig stehen wir auch jetzt da, die Szene wird zum Tribunal. Niemand verteidigt das Verhalten des Kaisers, weder die Konservativen noch die Nationalliberalen. Der konstitutionelle Gedanke ist von allen Parteien in den Vordergrund gerückt worden. Das Hauptunglück besteht darin, daß nach den urkundlichen Darlegungen „Entretiens-pölitik“ gegen uns verübt worden ist. (Zehr richtig!) In allen Kreisen beurteilt man die Dinge gleichmäßig, selbst in den Offizierskreisen. Der Kaiser hat erklärt: „Schwarz-leber dulde ich nicht“, und der Mund, der das Wort gesprochen hat, hat Schwarz-leber zu Millionen geschaffen. Darin liegt das tragische Moment. Der Reichstanzler hat gegenwärtig gesprochen, „es ging bei gedämpfter Trommel ab“. Wir haben alle das Gefühl, daß die Situation dieses berechneten Staatsmannes sehr ernst ist. Man hätte viel, was nicht gesagt wurde. Er hat eine Reihe von Fragen gar nicht beantwortet. Es scheint, er hat die Interpellationen noch nicht gelesen. (Weiterheit.) Die Quelle muß verstopft werden, die uns solche Unannehmlichkeiten schafft. Fürst Bülows Versicherung, die einzelnen Stellen seien im „Daily Telegraph“ nicht alle richtig wiedergegeben. Wir aber lehnen danach, zu erfahren, daß die Stellen nicht richtig wiedergegeben sind. Wir lehnen danach, darüber Genaueres zu erfahren. Deshalb macht uns der Reichstanzler darüber bestimmte Mitteilungen, oder hat etwa der Kaiser dem „Daily Telegraph“ noch nicht gelesen? (Weiterheit.) In Bezug auf die Frage der Interpellation sagt uns der Reichstanzler, die Farben seien zu stark aufgetragen, aber er sagt uns nicht, wer sie zu stark aufgetragen hat. Von dem Angebot Frankreichs und Russlands hat allerdings schon etwas in der „Deutschen Revue“ geandert, aber es hat dort nichts geandert über die Art, wie das Angebot von Deutschland zurückgewiesen worden ist, und es hat nichts dort geandert darüber, daß es diplomatisch ein völliges Nonum ist, daß das Angebot sofort vom Deutschen Kaiser nach London übermittelt worden ist. Der Kanzler ist gegenwärtig befragt worden wegen des in der „Century Magazine“ geplante gewöhnlichen Auftrages. Auch wegen des Interviews des Amerikaners Dal: hat Fürst Bülows keine Antwort gegeben. Es ist gesagt worden, wir beneiden England, und das sagt man uns in einem Augenblick, wo wir alle allerdings das englische Volk um seine vorzüglichen Einrichtungen beneiden. (Zehr wahr!) Es ist einmal die Wendung gefallen von dem Admiral des Atlantischen Ozeans. Soll jetzt vielleicht von dem Admiral des Atlantischen und Stillen Ozeans gesprochen werden? (Weiterheit.) Fürst Bülows sagte: Dem Kaiser gehe mit einem Zweifel an seiner Vaterlandsliebe schweres Unrecht. Nun, an diese seine Vaterlandsliebe glauben auch wir, aber weil wir diesen Glauben haben, haben wir auch das Recht, zu sagen, daß die Mittel, die der Kaiser, um seiner Vaterlandsliebe Ausdruck zu geben, anzuwenden, so bedenklich sind, daß wir wünschen mühen, sie finden keine Anwendung mehr. Die ganzen Argumente, die der Kaiser im Verkehr mit England anwendet, sind völlig unzulänglich, sie sind nicht geeignet, und Sympathien zu erregen. Der Deutsche Kaiser ist kein Herr der Sympathien für Deutschland, das hat Fürst Bülows gegenwärtig selber zugegeben. Nun, wir laßen das selber, wir sagen aber noch hinzu: Fürst Bülows hat früher uns gegenüber sehr Bedenken geäußert über den Kaiser, die nur wie Vob stangen, er sagte, der Kaiser sei kein Schattenfaller. Wir sagen dagegen, er soll auch nicht ein bloßer Sonnenkugeln sein. (Weißfall.) Die wichtigste Stelle der Rede des Kaisers ist die, in der er erklärt, er habe die Einsicht gewonnen, daß der Kaiser nur zurückhaltend sein werde. Das sind Vermutungen des Reichstanzlers. Wir verlangen aber Gewissheit: wir wollen hören, daß der Kanzler mit dem Kaiser darüber gesprochen hat. (Rebhöte Zustimmung.) Wir hätten gewünscht, daß er uns erklärt hätte: Der Kaiser und ich, wir sind eins.“ Schwere Tage hat der Kanzler durchlebt, schwere Tage auch wir und das deutsche Volk. Waren das auch schwere Tage für den Kaiser? (Rebhöte Zurufe.) Es wäre richtiger gewesen, in diesen Tagen im Mittelpunkte der Regierungsgeschäfte zu sein. (Zustimmung.) Es wäre richtiger gewesen, wenn der Kaiser hier gewesen und den Kaiser ermächtigt hätte, die Erklärungen zu geben, die das deutsche Volk begehrt hat. (Rebhöte Zustimmung.) In Österreich hat der Kaiser gesagt, er hoffe, daß es gelingen werde, die parlamentarischen Schwierigkeiten zu überwinden. Der Reichstanzler steht also in der ganzen Angelegenheit nur eine parlamentarische Schwierigkeit. (Zuruf! Hör!) Dabei hat das Parlament bisher in der auswärtigen Politik niemals Schwierigkeiten gemacht. Hier ist das ganze Volk beteiligt. Ich weiß nicht, ob der Reichstanzler nochmals seine Entlassung eingereicht hat. Jedenfalls kann eine Politik, deren Träger in das Goldene Buch in Münden das Wort eintrifft: „Regis voluntas suprema lex“, nicht selbständige Rechte heranziehen. Die Schritte der Staatsmänner ist bei uns so schlecht befragt. Der Engländer, der das Interview geschrieben und mit der schmerzlichen Begründung zum Druck empfohlen hat, daß es zur Befreiung der Beziehungen dienen werde, hat wie ein schlauer Juchz gehandelt, der, um einen Befehl von Haden zu bekommen, diesem einredete, er solle so thun, und ihm dazu verführte, sein Eingorgehen hören zu lassen. (Weiterheit.) Mit Interviews und Telegrammen darf keine Politik gemacht werden. Der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten muß regelmäßig zusammenberufen werden und nicht nur aller paar Jahre einmal. Der Bundesrat muß mehr in die Lage versetzt werden, wirklich tätig zu sein, auch die Organisation der obersten Behörde muß reformiert werden. Das heißt ich sei, daß es dem Vertreter der Konservativen, der gestern sprach, hoch angerechnet habe, daß er unlangst im preussischen Abgeordnetenhaus für den Chef des Zivilkabinetts die Wechselserhöhung ablehnte. Für die Einführung verantwortlicher Reichsminister in ja leider eine Ausnahme nicht abzusehen. Notwendig aber ist ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Auch in unserer Verfassungsordnung brauchen wir freiere Bewegung. Am englischen Parlament ist es viel leichter, jeden Augenblick an die Regierung Anfragen über auswärtige Dinge zu stellen. Die Hauptfrage aber ist, daß wir eine wahrhaft konstitutionelle Regierung erhalten. Es kann das ohne Verfassungsänderung geschehen. Je eher, je lieber müssen wir eine parlamentarische Regierung haben. Die jetzige Verantwortlichkeit des Reichstanzlers ist eine bloße Fiktion. Der ganze große Schaden wäre nicht angerichtet worden, wenn wir einen wirklichen Konstitutionalismus hätten. — Hedner berührt kurz auch die Frage des allgemeinen Stimmrechts. Die Konservativen brauchen deshalb nichts zu fürchten, Gefahren seien damit nicht verknüpft. Der konservative Geist im deutschen Volke sei dazu viel zu mächtig. — Sie (zu den Konservativen) fühlen selbst, daß etwas geschehen muß, Sie selber können noch allem, was vorgekommen, das persönliche Regiment nicht so fortzusetzen sehen wollen. Wenn dieser Reichstag uns nicht zu einer konstitutionellen Grundgesetz führt, dann wird der Wahlkampf unter diesem Zeichen stehen. Wir haben dann alle ein gemeinsames Interesse, ohne Unterschied der Parteien. Nichts ist so wichtig, als daß nicht der Reichstag in die grassierende Disziplinierung der staatlichen Anhang hineingezogen wird. Das Richtige wäre ein gemeinsamer Schritt: eine Adresse. Wir sind fast durch Einmütigkeit, fast zumal in einem Romane, wo von uns außerordentliche Opfer verlangt wer-

den. Wir wünschen in der Adresse sogar die Formulierung der Erklärung des konservativen Parteivorstandes akzeptieren. Das wäre ein christlicher Versuch, die Handlung im Kaiser herbeizuführen. (Weißfall.) — (Der Reichstanzler verläßt, anschließend nach Empfang von Telegrammen und nach Rücksprache mit v. Aderien-Wächter und v. Bethmann-Hollweg, den Saal.)

Hg. v. Koworski (Pole):

erklärt namens der polnischen Fraktion, daß diese von der Antwort des Reichstanzlers nicht befriedigt sei. Sie reihe sich würdig dem ganz vertriehen Regierungssystem in der äußeren und inneren Politik ein.

Hg. v. Meine (Soz.):

Der Reichstanzler hat wieder einmal einen außerordentlichem Cierias angesetzt. Persönlich war die Rede ein sehr guter Versuch, aber weiter auch nichts. Mit Frankreich waren wir ja bald aneinandergeraten. Ich wollte dem Kanzler schon einen alten Berliner Amtsrichter als Schlichter empfehlen, der die Streitigkeiten zwischen der Kaiserin und der Kaiserin immer beilegt (Weiterheit), der hätte auch zur Regelung der Calabrona-Zange ausgereicht. Dabei sei in unerhörter Weise mit der Ehre und dem Wohl des deutschen Volkes gespielt worden. Wenn der Kaiser auch noch so viel verspricht, er kann nicht anders handeln, wie er nun einmal ist. Der friedliebende Teil der Engländer wollte ja eine Begrenzung der Flottenrüstungen. Wer war dagegen? Der Kaiser. (Hört, hört!) Dann kann er sich nicht wundern, wenn die Engländer und nicht freundlich gefühlt sind. Er wunderte sich auch, daß er im Volke nicht verstanden werde. Das kann er nicht verlangen, wenn er einen großen Teil der Bevölkerung waterlandslöse Stellen nennt und sie mit Drohungen überhäufet. Das Gefühl, verkannt zu werden, ist das notwendige Ergebnis einer solchen Vorgehensweise, wie wir sie beim Kaiser kennen. Den Grafen Seppelin hat der Kaiser gestern als größten Deutschen des 20. Jahrhunderts gefeiert. Bei aller Verehrung für den genialen, mutigen und daneben höchst bezeichnenden Grafen ist das doch etwas stark aufgetragen. (Zustimmung.) Ist das der Anfang einer mehr temperierten Redeweise? (Weiterheit.) Fromme Wünsche nützen uns nichts. Wir brauchen Garantien. Wenn ich auch weiß, daß wir wahrscheinlich einen viel schlechteren und unfähigeren neuen Kanzler bekommen würden, so muß Fürst Bülows doch gehen, damit dem Kaiser gezeigt wird, daß sein Kanzler halten kann, der Eingriffe des Monarchen in die Politik duldet. (Weißfall.) Wenn drei, vier Kanzler zu verschwinden, dann wird der Kaiser schon aufhören. (Weißfall.) Das Volk muß über Africa und Arien entscheiden. Die Mehrheit hat ja jetzt in den Finanzvorlagen ein Freisinnsmittel in der Hand. Gutwillig gibt die Regierung nichts. Parlamentarische Rechte erlangen man nur, wenn die Regierung in Geldnot ist. Man rüferte seine Reichstagsauflösung mit der Parole: Nur über gegen den Kaiser! Nur über gegen 500 Millionen Steuern! (Weißfall.) In Preußen ist das persönliche Regiment ausdrücklich hantiert worden. Der Reichstanzler Bismarck war daran Schuld. Nun hat aber die Mehrheit erreicht, er ist in die tiefe Grube gekürzt, die er anderen gegraben hatte. Die Liberalen sollten sich hier nicht aufs hohe Pferd setzen. Sie sind ja mit Ankerungen Kaiser Friedrichs gegen die nationalpolitischen Rechte hantiert, er hat gar in Verdracht vor dem Herrscher. (Hört, hört!) Meine Herren! Ihr seid allzumal Sünder. (Große Weiterheit.) Die Handeile mit dem Thron muß ja wie Gift wirken. Der Kaiser hat sich angewöhnt, über alles zu sprechen, über Wissenschaft, Kunst und Politik. Von der letzten haben wir ja eine schöne Probe bekommen (Weiterheit), und die Männer der Kunst und Wissenschaft schütteln nur den Kopf über die faulerischen Ankerungen. Seine Umgebung hat ihm die Vorbereitung beigebracht, als ob er über alle diese Dinge zu bestimmen habe. Ueber den Kopf der Minister weg beist er die verantwortlichen Stellen. Er zeigt eine große Vielgeschäftigkeit und einen großen Hebertrieb. Der Kanzler sagte mal, der Kaiser sei kein Philister. Wir möchten lieber etwas mehr philistrisches Verantwortlichkeitsgefühl haben als eine solche Vielgeschäftigkeit, die schließlich immer mit Verlegenheiten endet. (Weißfall.) — Fürst Bülows erscheint wieder im Saal. — Die Formel des Bundesratsgesetzes ist ein Ausdruck des Hochmuts, eine phantastische Vorstellung eines besonderen persönlichen Verhältnisses zu Gott. (Weißfall bei den Sozialdemokraten, Lurche rechts.) Die Auffassung steht im Widerspruch mit den Empfindungen der Völkern der Nation. Warum erheben die Edlen von der Kirche nicht Protest gegen diese Auffassung? Es war schon so weit gekommen, das Unter den Bünden sich der gebildete und ungebildete Vödel um die Zigarrenkummel des Kaisers prügeln. (Hört, hört!) Der Kaiser weiß natürlich nichts davon. Was die Adresse an den Kaiser betrifft, die Herr Haußmann vorbrachte, so kann ich mir Fälle denken, in denen wir einer solchen Adresse bestimmen können. Wenn Herr Haußmann aber die christlichsoziale Bine des konservativen Parteivorstandes an den Kaiser akzeptieren will, so sage ich: Keine Adresse ist besser, als eine solche Adresse. Wenn es noch zweifelhaft ist, wie diese Verhandlungen auf den Kaiser wirken werden, so ist das nicht die Hauptfrage; denn es steht fest, daß die Wirkung all dieser Vorgänge und Verhandlungen auf das Volk eine nachhaltige sein wird. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Der Stellvertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen, Gesandter

v. Aderien-Wächter:

Wenn der Vaden bei dem Auswärtigen Amte einmal verlegt hat, so ist das kein Grund zu so schweren Vorwürfen gegen die Behörde. Uebersetzen Sie doch nicht, wie unsere Arbeit lastig geklungen ist. Die Rumoren der politischen Abteilung sind seit 20 Jahren um das Bierische geklungen. (Große Weiterheit.) Ueber eine Neuorganisation des Amtes schweben Erwägungen. Vorschläge sind schon angearbeitet. Kein anderer Hofstaat hat so wenig Beamte als unser Auswärtiges Amt. Richtiges wird dabei so gründlich gearbeitet wie bei uns. (Zurückheit Weiterheit.) Ich warne davor, unsere Vertreter im Auswärtigen Amt so herabzusetzen. (Zuruf!) Unsere Neuorganisation kommt aus einer großen Zeit, aus der Zeit Bismarcks. Da sollte man mit seinem Urteile vorsichtig sein. In absehbarer Zeit werden Ihnen Vorschläge wegen Vermehrung des Personals zugehen. (Große Weiterheit.) Wenn man sieht, wie vorzüglich unsere Bureau organisieren sind (Zurückheit Weiterheit), lassen Sie Gerechtigkeit walten bei Beurteilung der Pflanztreue der Beamten. Ich bitte, nehmen Sie ihnen nicht die Schallenscheitigkeit. Präsident Graf Stolberg bittet, die vielen Zwischenrufe zu unterlassen. (Große Weiterheit.)

Hg. v. Dirksen (Reichsp.):

Wir weisen die Behauptung mit Entrüstung zurück, als ob der Reichstanzler mit der Ehre des deutschen Volkes ein triviales Spiel getrieben habe. Ein Mann, der zehn Jahre lang die Politik des Reiches in allen Ehren geführt hat, verdient diesen Vorwurf nicht. (Rebhöte Weißfall.) Herr Meine hat uns von der Geschichte des Hauses Hohenzollern gesprochen. Wahrscheinlich hat er das Werk seines Onkels Maurenbrecher zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht. Wir lassen uns die Frende an den Hohenzollern nicht verderben. (Weißfall.) Wir dulden es nicht, daß, wie es schon einmal geschehen ist, das Andenken der Königin Ulrike geschmälert werde, die wir wie eine Heilige verehren. (Weißfall rechts.) Ehen bei den Sozialdemokraten.) Nun verlangt man eine nationale La. Eine solche waren die Wahlen von 1907, wodurch 30 Prozent der Sozialdemokraten aus diesem Hause gewiesen wurden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Meine erweist sich gegen das persönliche Regiment. Denken Sie doch gefälligst an das persönliche Regiment von Babel und Singer. (Zustimmung rechts, Lärm bei den Sozialdemokraten.) Es

ist ganz richtig: Ihr seid allzumal Sünder. Den Ankerungen eine Adresse an den Kaiser zu schicken, haben wir nicht sehr hoffnungsvoll gegenüber. Wir werden das weitem in dieser Beziehung abwarten. Die Ausführungen des Vertreters des Auswärtigen Amtes sind ja nicht sehr stark aufgenommen worden. (Weiterheit.) Sie werden mir vielleicht mehr glauben, weil ich jetzt nicht mehr dem Kaiser wärtigen Amte angehöre, also unparteiisch bin. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Im Auswärtigen Amte sind gewiß schwere Verhältnisse vorgekommen, aber das Ansehen unserer Vertreter im Auslande wird nicht erhöht, wenn man vorschlägt, Militärminister an ihre Stelle zu setzen. (Weißfall rechts.) Wir verlangen jedenfalls, daß im Auswärtigen Amt Schriftführer Sr. Majestät nicht ungelesen weitergegeben, sondern gelesen werden, damit der Unterbeamte schon weiß, woran er ist. Was soll nun geschehen? Einer Beamtenvermehrung sind wir nicht entgegen, dann muß sie aber ohne Bezug auf die Ehre und damit allein in es nicht sein. Für den diplomatischen Dienst müssen die angeleiteten Elemente gewonnen werden, wo wir sie finden, nicht nur aus Adel und Großgrundbesitz, und die Urlands-erteilungen sind angemessen zu regeln. Der Bundesrats-ausschuss für auswärtige Angelegenheiten muß regelmäßig einberufen werden. (Weißfall.)

Weiterer Verlauf der Debatte.

Hg. v. Didenburg (Soz.): Wir sind aufgefordert worden, einer Adresse an den Kaiser beizutreten. Wir können das nicht, weil eine solche Adresse eine Kritik der Handlungen des Kaisers sein würde, die wir dem Reichstags verfassungsgemäß nicht zuerkennen. (Zuruf links.) Wir dienen dem Kaiser persönlich so lange wir leben, ohne Furcht bis zum letzten Atemzug. (Weißfall rechts.) — Hg. Pattmann (wirtsch. Bez.): Wir bitten, einer solchen Adresse zuzustimmen. Es ist der einseitige Wunsch des ganzen Volkes, daß wir durch eine solche Rundgebung der Stimme des Volkes rückhaltlos Ausdruck geben. — Präsident Graf Stolberg: Die Beiprächung wird geschlossen. (Zuruf der Sozialdemokraten: Und Bülows?) (Großer Lärm. Glöde des Präsidenten.) — Hg. Naab (wirtsch. Bez.): Ich bitte, unseren Antrag auf Absendung einer Adresse an den Kaiser morgen auf die Tagesordnung zu setzen. — Hg. v. Korman (Soz.), Wasser mann (nl.) und Dr. Spahn (Zentr.) erklären sich prinzipiell gegen die Adresse. — Hg. Dr. Müller, Weininger (freil. Sp.) und Singer (Soz.) unterstützen den Antrag Naab. — Der Antrag wird abgelehnt. — Morgen 1 Uhr: kleine Vorlagen. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Novbr.

Zur inneren Krise.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie die „Täg. Rundsch.“ zu zuständiger Stelle erfährt, bekommt der Kaiser bereits heute die Reden aller Parteiführer nach den in den Blättern erschienenen ausführlichen Berichten, so daß die Rede jedes Parteiführers dem betreffenden Parteiorganen entnommen wird. Am folgenden schon gestern abend ein reichhaltiges Zeitungsmaterial an den Kaiser abgegangen.

Berlin. (Priv.-Tel.) An Stelle des Wirkl. Geh. Legationsrats Alshuler, der infolge des Kaiser-Interviews zur Disposition gestellt wurde, ist, wie die „N. O. C.“ mitteilt, der Geheimrat in Vrankenburg, Wirkl. Legationsrat v. Jagow als vorläufiger Rat in die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes berufen worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Hg. Götze begründet in einem Briefe an das „T.“ die Nichtakzeptierung der Freitagsreden zu dem geistigen Vertagungsantrag wie folgt: Allein maßgebend für uns war die Auffassung, daß es der Rede des Fürsten Bülows eine ihr keineswegs antonimende Bedeutung beilegen hiesse, nach ihr die Sitzung zu vertagen. Bülows Rede erschien uns durchaus ungenügend. Ueber die wichtigsten Punkte war er mit Katesalatte hinweggegangen, Garantien gegen die Wiederkehr solcher eminent gefährlichen persönlichen Einwirkungen gab er nicht, lediglich die Hoffnung auf künftige größere Zurückhaltung sprach er aus. Seine kurzen, langsam und deutlich vorgelesenen Worte waren ohne weiteres völlig verständlich und in der Troasweite ganz zu übersehen.

Wien. Zur gestrigen Rede des Reichstanzlers Fürsten Bülows schreibt die „N. Fr. Pr.“: Die gestrige Debatte im deutschen Reichstag ist ein großes Ereignis und in der konstitutionellen Geschichte des deutschen Volkes wird dieser Tag, der in der ganzen Welt einen tiefen Eindruck hervorgerufen wird, nicht vergessen werden. Das deutsche Parlament stand in der gestrigen Debatte auf der Höhe seiner ersten Situation und hat die Aufgabe gelöst, der treue Dolmetsch dessen zu sein, was das deutsche Volk bewegt. Von größter Bedeutung war die Rede des Fürsten Bülows, der vielleicht niemals einen sympathischeren Eindruck gemacht hat als in dem Augenblicke, da er in einer der schwierigsten Situationen war, in der sich ein Staatsmann überhaupt befinden kann. Die Rede des Fürsten Bülows wird zunächst die Wirkung haben, daß er selbst im Urteile der allgemeinen Meinung wachsen muß. Vor die schwerste Aufgabe zwischen einer unbedingten Schonung des Kaisers und einer Vertretung der Staatsinteressen gestellt, ist er, ohne zu zögern, auf die Seite des Allgemeinwohles getreten und hat dann offen dasjenige aus dem Kaiser-Interview zurückgewiesen, was dem Allgemeinwohl schädlich wäre. Er hat nicht als Höfling, sondern als ein für die Geschichte verantwortlicher Staatsmann gesprochen. Das Ziel des Fürsten Bülows war, vor dem ganzen Volk zu sagen, daß Deutschland nicht so denke und handle, wie ihm durch das Kaiser-Interview zugemutet wurde, und dieses Ziel hat der deutsche Reichstanzler durch die männliche offene Aussprache erreicht, die nichts befähigte, die vielmehr einen ganz ungewöhnlich ersten und mahnenben Ton anschlug als der deutsche Reichstanzler es seinen schwersten und ernstesten Entschluß in seinem politischen Leben nannte, daß er, dem Wünsche des Kaisers folgend, im Amte bliebe. Die gestrige Debatte ist nicht allein von Bedeutung für den Grenzstreit zwischen parlamentarischer und kaiserlicher Gewalt und für den Nachdruck, mit welchem eine der größten Nationen der Welt in erster Stunde sich auf ihr eigenes Recht bekennt, sondern sie war auch eine Kundgebung für die Eintracht der Völker und den europäischen Frieden.

London. „Daily Telegraph“ sagt: Die Erklärung des Reichstanzlers über die wünschenswerten Beziehungen zwischen Deutschland und England wird bei christlichen Engländern nicht verloren sein, besonders aber dann nicht, wenn sie sie mit dem freimütigen Anerkenntnis verbunden sehen, daß während des südafrikanischen Krieges die Sympathie mit den Boeren auch zu ungeraten Angriffen führte. Ein wichtiges Postum ist es, daß Fürst Bülows unter lauem Weißfall erklärte, Deutschland wünsche auf der Grundlage gegenseitiger Achtung Frieden und Freundschaft mit England. In Verbindung mit der Erklärung von Haugwitz werden die Äußerungen des Fürsten Bülows dazu beitragen, Ängst und Mißtrauen zu beilegen. Das Interview des Kaisers hat auf jeden Fall darin keinen Zweck nicht verfehlt, daß die Engländer von dem Kaisers persönlichen Gefühlen gegen sie mehr als jemals überzeugt sind. — Morning Leader schreibt: Alles, was individuelle Punkt des Staatsmannes vermag, um gute internationale Beziehungen zu sichern, ist von Haugwitz und vom Fürsten Bülows getan worden. Es ist jetzt an den Boieren, das Werk, das beide Staatsmänner so gut begonnen haben, zu befestigen. Die große Masse der verhältnismäßig unglücklicher wird niemals abgern, Beweise der deutschen Freundschaft willkommen zu sehen, welche sie groß oder gering vom Kaiser oder vom Volke kommen.

Deutschland und Frankreich.

Paris. Die gesamte Presse äußert sich über die Aussendung des Calabronca-Zwischenfalls mit lob-

Dresdener Nachrichten. Nr. 313. Seite 2. Donnerstag, 12. November 1908